

**Änderungsantrag**  
**des Abgeordneten Wüppesahl**

**zur Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität  
und Geschäftsordnung (1. Ausschuß)**  
**— Drucksache 11/5962 —**

**hier: zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Dr. Hamm-Brücher u. a.**  
**— Drucksache 11/2206 —**

**Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages**

**hier: §§ 20, 42, 56, 57, 61, 62, 68, 69, 75, 80, 100, 104, 106 a (neu), 122 a (neu),  
Anlage 4**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Anlage 1 zu Nummer 1 Buchstabe a der Beschlußempfehlung  
— Drucksache 11/5962 — wird wie folgt geändert:

*Zu Nummer 8 der Anlage 1*

§ 69 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Beratungen der Ausschüsse sind grundsätzlich öffentlich. Der Bundestag kann mit einfacher Mehrheit die Nichtöffentlichkeit einzelner Ausschüsse beschließen. Für nichtöffentliche Ausschüsse kann der Ausschuß mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder beschließen, für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand oder Teile desselben die Öffentlichkeit zuzulassen. Die Öffentlichkeit einer Sitzung ist hergestellt, wenn der Presse und sonstigen Zuhörern im Rahmen der Raumverhältnisse der Zutritt gestattet ist.“

Bonn, den 12. Dezember 1989

**Wüppesahl**

**Begründung**

Grundsatz in den Ausschußsitzungen soll die Öffentlichkeit sein. Kein Abgeordneter darf deswegen von den Sitzungen ausgeschlossen werden, weil er gerade nicht Mitglied in diesem Ausschuß ist. Auch andere Ausschüsse können für ihn interessant sein. Das gleiche gilt für andere Personen, die ein berechtigtes Interesse daran haben, an den Ausschußsitzungen teilzunehmen. Nur in besonderen Ausnahmefällen darf die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, aber auch dann nicht die Abgeordneten. Alle Abgeordneten müssen die gleichen Mitwirkungsrechte in allen Gremien haben.